

# Malediven im Überblick

zusammengestellt von Peter Lanzet

## Koalitionsregierung

Die Maledivische Demokratische Partei trägt diese Regierung gemeinsam mit der *Jumhooree Party*, der *Adhaalath Party* und dem *Maledives Reform Movement*. Alle waren am Kabinetttisch vertreten, 19 Ministerien, sechs davon von Frauen besetzt. Der Gesundheitsminister Ahmed Naseem sowie der für das staatliche Bauwesen zuständige Minister Aminath Athifa wurden wegen stichhaltiger Korruptionsvorwürfe aus ihren Ämtern gedrängt, ersterer im Zusammenhang mit der Beschaffung von Beatmungsgeräten und letzterer aufgrund von Unregelmäßigkeiten bei den großen Bauprojekten auf der erweiterten Flughafeninsel Hulhumale. Beide wurden durch Minister der Demokratischen Partei ersetzt. Da die Regierung sich auf eine Mehrheit von 66 Sitzen der Demokratischen Partei (von 87 Parlamentssitzen) stützt, würde ein Bruch der Koalition nichts an einer Parlamentsmehrheit ändern. Bis dato ist sie auch nicht aufgekündigt worden.

## Covid-19

Bei einer Bevölkerung von knapp 380.000 Menschen haben die Malediven seit Februar knapp 13.000 Covid-19-Ansteckungen registriert. 47 Menschen sind seither daran gestorben (Stand 3.12.20). Zurzeit werden etwa 50 Neuansteckungen pro Tag dokumentiert, gut 1100 Covid-19-Kranke gibt es auf 18 Inseln und 30 Tourismusressorts, 92 davon befinden sich im Krankenhaus. Die Hauptstadtinsel Male ist das Epizentrum der Pandemie. Seit dem 15. April ist es keinem Einheimischen mehr erlaubt, von Male auf die Atolle und Inseln zu reisen, ohne zuvor eine 14-tägige Quarantäne einzuhalten. Der Gesundheitsnotstand wurde bereits am 12. März vom Gesundheitsminister ausgerufen und seither immer wieder verlängert. Wanderarbeiter aus Bangladesch sind auf den Baustellen besonders von der Pandemie betroffen, hauptsächlich wegen ihrer schlechten Unterbringung. Seit Beginn der Pandemie hat die Regierung 6300 Wanderarbeiter repatriert, bis Ende 2020 sollen es 20.000 werden. Die USA haben den Malediven am 24. September mittels USAID (*United States Agency for International Development*) 60 mobile Beatmungsgeräte geschenkt.

Die Regierung hat kostspielige Maßnahmen ergriffen, um die Folgen der Pandemie für Wirtschaft und Bevölkerung abzufedern. Dazu zählen monatliche Verdienstausschüsse bis zu 270,00 Euro. Etwa 100 Millionen US-Dollar sollen für Kreditrückzahlungsaufschübe von Betrieben, Unternehmen und Haushalten aufgewendet werden. Die Preise für Strom und Diesel wurden reduziert. Banken müssen statt zehn Prozent nur noch 7,5 Prozent Liquidität vorhalten, wenn sie Kredite vergeben.

## Außen- und Sicherheitspolitik

Im August 2020 haben die USA mit der Fortbildung der Maledivischen Verteidigungskräfte, des Marinekorps und der Küstenwache begonnen. Die *Exercise Balance Metal* war eine gemeinsame militärische Übung der *Maledives National Defense Forces* mit US-Militärs. Am 10. September unterzeichnete die maledivische Verteidigungsministerin Mariya Ahmed Didi einen Rahmenvertrag zu den Verteidigungs- und Sicherheitsbeziehungen zwischen den USA und den Malediven. Es soll eine Verteidigungspartnerschaft entstehen. Für die USA handelt es sich um einen Baustein in ihrer indopazifischen Strategie zur Eindämmung Chinas. Im Unterschied zu 2013 befürwortet Indien jetzt eine solche Verteidigungskooperation. Die Vereinbarung enthält Grundsätze der Zusammenarbeit zwischen den Seestreitkräften beider Länder und plant einen Verteidigungs- und Sicherheitsdialog. In die gleiche Richtung zielt die Vertiefung der Beziehungen zu Japan. Als Teil seiner Entwicklungszusammenarbeit stellte Japan am 22. November einen Zuschuss von 7,6 Millionen US-Dollar für die maledivische Küstenwache und ihr Seenotrettungs- und Koordinationszentrum, ihre regionalen Standorte und Schiffe bereit. Der Vertrag umfasst auch Kommunikations- sowie professionelle Such- und Rettungstaucherausstattung.

Indessen bewirbt sich der maledivische Außenminister Abdullah Shahid um den Posten des Generalsekretärs der Generalversammlung der Vereinten Nationen ab Juni 2021. Die Generalversammlung wählt ihren Generalsekretär jeweils für ein Jahr. Alle anderen südasiatischen Staaten hatten dieses Gremium der UN bereits geleitet. Die Unterstützung Saudi-Arabiens und Indiens scheint dem Außenminister sicher.

### Besuch des US-Außenministers

Am 28./29. Oktober besuchte der US-amerikanische Außenminister Mike Pompeo die Malediven während seiner Reise in insgesamt fünf Anrainerstaaten des Indischen Ozeans und des Pazifik. Pompeos Besuch ist Teil der Vereinbarungen zwischen den Außenministern der informellen, strategischen „Quad“-Gruppe: USA, Japan, Australien, Indien, Malediven. Sie wollen die chinesische Präsenz und den chinesischen Einfluss in der Region zurückdrängen. Außenminister Pompeo unterstrich bei seinem Besuch die strategische Bedeutung der Malediven für die USA. Noch am Tag seines Besuchs verkündete er seine Entscheidung, eine US-Botschaft auf den Malediven einzurichten.

### Trilaterale Sicherheit

Die Ausdehnung Chinas im Indischen Ozean war auch Gegenstand eines trilateralen maritimen Sicherheitstreffens am 29. November zwischen Indien, Sri Lanka und den Malediven in Colombo, der Hauptstadt Sri Lankas. Der Berater des indischen Verteidigungsministers Ajit Doval, die maledivische Verteidigungsministerin Mariya Ahmed Didi und der sri-lankische Staatssekretär im Verteidigungsministerium Kamal Gunaratne besprachen eine engere Zusammenarbeit ihrer Nachrichtendienste in Bezug auf gemeinsame Sicherheitsbedrohungen in puncto Terrorismus, Radikalisierung, Extremismus, Menschenhandel, Geldwäsche, Cyber-Sicherheit und den Klimawandel mit besonderem Blick auf die maritime Umwelt. Virtuell nahmen auch Vetreter aus Mauritius, den Seychellen und Bangladesch an dem Treffen teil.

### Schwierige Beziehung zu China

Während die USA und Indien an ihrer anti-chinesischen Mauer bauen, sitzen die Malediven auf einem Schuldenberg gegenüber China, der fast die Hälfte der jährlichen Wirtschaftsleistung des kleinen Inselstaates ausmacht. Der maledivische Außenminister Abdullah Shahid bedankte sich artig bei China für den Aufschub einiger Schulden im Rahmen der G20-Initiative DSSI (*Debt Service Suspension Initiative*) bis Mitte 2021. Der Sprecher des Parlaments, Mohamed Nasheed, hält die Schulden von insgesamt 1,4 Milliarden US-Dollar allerdings für unbezahlbar. Er bezeichnete außerdem den maledivisch-chinesischen Freihandelsvertrag von 2017 als tot. Es seien nie Ausführungsbestimmungen vereinbart und der Vertrag sei nicht innerhalb von 30 Tagen ratifiziert worden.

### Maledivisch-indische Freundlichkeiten

Präsident Solih bedankte sich im November in Male beim indischen Staatssekretär des Außenministeriums für die vielfältigen Hilfen Indiens, insbesondere die Infrastrukturhilfen und den großzügigen Kreditrahmen, der den Malediven bei der Bewältigung der Pandemie hilft. Per Twitter bedankte sich Präsident Solih beim indischen Premierminister Narendra Modi für die Einrichtung eines maledivisch-indischen Fährbetriebs am 27. September. Ebenso wurden vereinfachte Visaerteilungen vereinbart. Indien hatte bereits zuvor einen Vertrag über den geregelten Zugang von maledivischen Fluglinien zu indischen Flughäfen mit den Malediven abgeschlossen (einen sogenannten *Air Bubble*-Vertrag). Hingegen haben die Parteigänger der Vorgängerregierung die Kampagne *India-Out* in den sozialen Medien ins Leben gerufen. Die ihnen nahestehende Presse fordert nach dem Informationsfreiheitsgesetz Auskunft vom Verteidigungsministerium über die Anzahl indischer Soldaten in den Malediven, die dort im Rahmen der neuen maritimen Sicherheitszusammenarbeit stationiert sind. Das Ministerium lehnt das mit Verweis auf Sicherheitsinteressen des Landes ab.

### Klimapolitik

Parlamentssprecher Nasheed freute sich per Twitter auf die Zusammenarbeit mit dem designierten neuen US-Sondergesandten für das Klima, dem ehemaligen US-Außenminister John Kerry. Kerry hatte ihn 2016 unterstützt, damit er aus der Haft entlassen und nach England zur medizinischen Behandlung reisen konnte. Jetzt will er Kerry daran erinnern, dass die Malediven und andere niedrig liegende Gebiete der Erde weiterhin vom Klimawandel in ihrer Existenz bedroht sind.

### Tourismus

1,7 Millionen Touristen besuchten 2019 die Malediven. 2020 waren es Corona-bedingt 450.000, der Löwenanteil davon in den ersten zehn Wochen des Jahres. Die Weltbank fürchtet, das maledivische Sozialprodukt könne Ende 2020 bis zu 17,5 Prozent schrumpfen, das Finanzministerium geht sogar von 21,7 Prozent aus. Von März bis Juli hatte das Land alle ausländischen Flüge abgesagt und erst am 15. Juli den *International Airport* nahe Male wiedereröffnet. Seit Juli haben sich 72.000 Tourist(inn)en getraut, wieder auf die Inseln zu reisen. Ironie der Geschichte: Die internationale Reisebranche hatte die

Malediven zur internationalen Top-Destination 2020 gewählt. Im November meldeten indische, europäische und arabische Airlines ihre Linienflüge wieder an. Die Lufthansa-Tochter Condor nimmt ab 18. Dezember ihre zweiwöchentlichen Flüge wieder auf.

## Finanzen

Die Wirtschaftsleistung der Malediven (BIP) wird 2020 die geplanten 5,2 Milliarden Euro weit verfehlen und nach Schätzungen des Finanzministeriums eher bei 3,5 Milliarden Euro liegen. Der Staat hat im Vergleich zum gleichen Zeitpunkt im Vorjahr 43 Prozent weniger an Einnahmen. Im März hatte die Weltbank einen Sofortkredit in Höhe von zehn Millionen US-Dollar zur Verfügung gestellt, später weitere 12,5 Millionen zur Finanzierung von Einkommensausfällen. Der Weltbank-Bericht *In Stormy Seas* vom Juni zeigt die wirtschaftlichen und finanziellen Herausforderungen für die Malediven auf. Zentrales Problem ist die Finanzierung des Zahlungsbilanzdefizits (27 Prozent der Wirtschaftsleistung nach Zahlen von 2019). Ein teilweiser Ausgleich durch Devisen aus dem Tourismus, ausländische Direktinvestitionen sowie über Fremdwährungskredite entfällt Corona-bedingt. Die Verschuldung des Staates könnte bis Ende 2020 von zurzeit 77 Prozent auf 93 Prozent der Wirtschaftsleistung anwachsen. Das Parlament hat am 30. November ein Budget von 1,9 Milliarden Euro unter Einbeziehung von Investitionen in die Zukunft verabschiedet.

## Erhebliche Neuverschuldung

Die Malediven haben keine „Schwarze Null“ wie die deutsche Finanzgesetzgebung, sondern eine „Rote Eins“, verankert in ihrem Gesetz über verantwortliche Fiskalpolitik. In normalen Jahren darf der Staat sich nicht über ein Prozent der Wirtschaftsleistung neuverschulden (zurzeit etwa 40 Millionen US-Dollar). Dieses Gesetz wurde nun zeitweilig ausgesetzt, damit das Finanzministerium sich von der Staatsbank kurzfristige Liquidität in Höhe von 204 Millionen US-Dollar in Landeswährung leihen konnte. Aus dem von Indien zur Verfügung gestellten Kreditrahmen wurden 150 Millionen US-Dollar zur Sicherstellung der Liquidität des Staates in Anspruch genommen. Die Malediven wollen neue Staatsanleihen an den Börsen in arabischen Ländern und Singapur in Höhe von 400 Millionen US-Dollar verkaufen. Für maledivische Investoren und Sparer sieht das Finanzministerium die Ausgabe von Schatzbriefen in Höhe von etwa 150 Millionen US-Dollar vor.

Das Staatsdefizit lag 2019 bei etwa 6,4 Prozent der Wirtschaftsleistung – und wird wohl wesentlich höher ausfallen. Die Regierung hat alle nicht zwingend erforderlichen Investitionen und laufenden Kosten eingefroren und die Mittel für dringend erforderliche Pandemie-Aufgaben bereitgestellt.

## Erneuerbare Energien

Der erwähnte Weltbank-Bericht *In Stormy Seas* widmet der Energieversorgung der Malediven ein eigenes Kapitel. Zwar haben die Malediven bereits 2008 den Zugang zu Energie für alle bewohnten Inseln verwirklicht, die Verbrauchstarife sind allerdings die höchsten in Südasien. Und dies, obwohl die Regierung die Energieversorgung subventioniert. Aktuell sind die Ölpreise stark gesunken, aber viele Familien kämpfen mit den Rechnungen der Versorgungsbetriebe. Die Malediven wollen bis 2030 ihre Energieversorgung zu 70 Prozent auf erneuerbare Energien umgestellt haben. Die Weltbank drängt, dieses Vorhaben mit Hilfe von Privatsektor-Investitionen zu beschleunigen.

## Transitional Justice

Ende November beschäftigte sich das Parlament mit Menschenrechtspolitik. Ein Parlamentarier der Demokratischen Partei unterbreitete den Vorschlag, einen Ombudsman des Parlaments mit der Erfassung relevanter Menschenrechts- und Grundrechtsverletzungen von 2012 bis 2018 zu beauftragen – der Zeitraum, in dem die Demokratische Partei nicht an der Macht war. Dies stieß auf Widerstand. Der Zeitrahmen wurde nun erheblich ausgeweitet und soll 1953 beginnen, als die erste Republik entstand. Zuvor waren die Malediven ein Sultanat im britischen Kolonialreich.

## Vergewaltigung in der Ehe

Die Gender- und Sozialministerin Aishath Mohamed Didi hat am 1. Oktober die erste Verurteilung eines Ehemanns wegen Vergewaltigung und grausamer Tötung begrüßt. Die Ehefrau ist von ihrem Mann so brutal vergewaltigt und geschlagen worden, dass sie Tage später im Krankenhaus verstarb. Sie hatte ihren Mann als Täter identifiziert. Ein weiteres Verfahren steht noch aus. Die Polizei schätzt, dass er den Rest seines Lebens hinter Gittern verbringen wird. Bereits am 15. Juli hatte die Gender- und Sozialministerin das „Nationale Programm zur Bewusstseinsbildung gegen häusliche Gewalt“ ins Leben gerufen.